

DIE TRANSFORMATION FAIR GESTALTEN

Aufbruch in eine sozial und ökologisch zukunftsfähige Wirtschaft

1. Eine Wirtschaft, die Mensch und Umwelt vor den Profit stellt

a) Arbeits- und Menschenrechte entlang globaler Lieferketten schützen

Im Zuge der Covid-19-Pandemie zeigt sich, dass die unfairen und intransparenten Lieferketten, die sich auf der Suche nach billigen Produkten um den Globus gebildet haben, weder wirtschaftlich krisenfest noch sozial und ökologisch nachhaltig sind. Grundlegende Menschenrechte und Umweltbelange werden bei der Produktion von Gütern unseres täglichen Gebrauchs häufig verletzt und viele Menschen können von ihrem Einkommen kein menschenwürdiges Leben führen.

Wir fordern:

- **EXISTENZSICHERNDE EINKOMMEN ALS MENSCHENRECHT WELTWEIT FÖRDERN**
- **SORGFALTPFLICHTEN FÜR UNTERNEHMEN WELTWEIT VERBINDLICH DURCHSETZEN**

b) Konzernmacht eindämmen

Zwischen den Akteuren in globalen Lieferketten besteht ein großes Macht- und Verhandlungsungleichgewicht. In Deutschland kontrollieren bspw. vier Einzelhandelsunternehmen 85 Prozent des Lebensmittelmarktes. Marktmächtige Unternehmen können Preise und Vertragskonditionen beeinflussen oder bestimmen, ohne dass sich ihre Lieferanten zur Wehr setzen können. Diese unlauteren Handelspraktiken haben immense negative Auswirkungen auf die Menschen am Anfang der Lieferkette, sowohl in Europa als auch im Globalen Süden.

Wir fordern:

- **UNLAUTERE HANDELSPRAKTIKEN UMFASSEND VERBIETEN**
- **MARKTMACHT EFFEKTIV BEGRENZEN**

c) Soziale und ökologische Kriterien zum Standard machen

Die Bundesregierung hat einen enormen Hebel, um eine sozial und ökologisch verträgliche Wirtschaftsweise zu fördern und sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Eine entsprechen-

de Ausgestaltung des Steuersystems, eine an sozial-ökologischen Kriterien orientierte Beschaffung, sowie Konjunkturprogramme bieten Möglichkeiten, unternehmerisches Handeln im In- und Ausland gemäß seiner Auswirkungen auf Mensch und Natur steuerlich zu begünstigen oder zu belasten und setzt Anreize für nachhaltiges Wirtschaften.

Wir fordern:

- **ÖKOLOGISCHE UND SOZIALE KRITERIEN BEI BESTEUERUNG UND KONJUNKTURPROGRAMMEN EINFÜHREN**
- **VERBINDLICHE BESCHAFFUNGSPRAXIS UND AUSSENWIRTSCHAFTSFÖRDERUNG NACH ÖKOLOGISCHEN UND SOZIALEN KRITERIEN EINFÜHREN**

2. Klimagerechtigkeit und bäuerliche Landwirtschaft weltweit

a) Keine Klimagerechtigkeit ohne Handelsgerechtigkeit

Die Klimakrise wird bis 2030 voraussichtlich mehr als 100 Millionen Menschen im Globalen Süden unter die Armutsgrenze drängen. Ohne rigorose Anpassungsmaßnahmen könnte die globale Erwärmung die landwirtschaftlichen Erträge bis 2050 weltweit um bis zu 30 Prozent verringern, was mehr als 500 Millionen kleine Agrarbetriebe auf der ganzen Welt betreffen würde. Handelsgerechtigkeit ist ein wichtiger Schritt, um Klimagerechtigkeit zu erreichen. Durch seinen integrativen, nachhaltigen Ansatz, der soziale, wirtschaftliche und ökologische Grundsätze vereint, trägt der Faire Handel zu mehr Klimaresistenz in globalen Lieferketten bei. Aus diesem Grund muss der Faire Handel als wichtiger Bestandteil von Klimaschutz- und Anpassungsstrategien anerkannt und gefördert werden. Da der überwiegenden Mehrheit der über 800 Millionen Kleinbäuer*innen weltweit die finanzielle Kraft fehlt, um in Klimaschutz und in die Anpassung an den Klimawandel zu investieren, muss an dieser Stelle ein starker Fokus gesetzt werden.

Wir fordern:

- **KLIMAGERECHTIGKEIT HERSTELLEN UND KLEINBÄUERLICHE STRUKTUREN FÖRDERN**

b) Agrarökologie stärken

Die sozialen, ökonomischen und ökologischen Schäden der industriellen Landwirtschaft gefährden die bäuerlichen Lebensgrundlagen und die Anpassungsfähigkeit der Ökosysteme an die bereits spürbaren Folgen der Klimakrise. Kleinbäuerliche Betriebe werden vom Markt verdrängt, Menschen und Umwelt durch Chemieeinsätze gefährdet und die Zahl der Hungernden steigt. Für eine sozial und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft braucht es eine Abkehr von industrieller Landwirtschaft und eine Stärkung der Agrarökologie.

Wir fordern:

- ➔ **AGRARÖKOLOGIE DURCH POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN UND IN DER STAATLICHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT STÄRKEN**
- ➔ **GEMEINSAME AGRARPOLITIK (GAP) DER EU REFORMIEREN**

3. Eine internationale (Handels-) Politik, die ein menschenwürdiges Leben für alle ermöglicht

a) Schuldenerlass und die Agenda 2030 zum Leitbild machen

Viele Länder des Globalen Südens sind besonders hart von der Corona-Pandemie betroffen. Wirtschaftliche Einbrüche, strukturell schwache Gesundheitssysteme sowie wachsende Verschuldung und Austeritätspolitik bedrohen vielerorts die sozio-ökonomische Entwicklung. Die sozial-ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie werden sich weltweit noch lange auswirken und Fortschritte, die in Bezug auf die Nachhaltigen Entwicklungsziele erreicht wurden, gefährden. Um diese Entwicklungen abzumildern, benötigen alle Länder ausreichend finanzielle Spielräume. Als Land, welches stark von der wirtschaftlichen Globalisierung profitiert, muss Deutschland seiner internationalen Verantwortung gerecht werden und Länder im Globalen Süden bei der Bewältigung der Krisenfolgen solidarisch unterstützen.

Wir fordern:

- ➔ **WEITREICHENDE ENTSCULDUNG FÖRDERN**
- ➔ **DIE AGENDA 2030 ZUM LEITBILD DEUTSCHER POLITIK MACHEN**

b) Internationale Handelspolitik fair gestalten

In handelspolitischen Fragen wird es in den nächsten Jahren vor allem darum gehen, dass Deutschland seine Verhandlungsstärke auf EU-Ebene dazu nutzt, durch handelspolitische Instrumente die sozial-ökologische Transformation voranzubringen. Die Stärkung von Klimaschutz und Menschenrechten sowie die Verbesserung von sozialen Standards und des Schutzes von Arbeitnehmer*innen muss zur Grundlage von handlungspolitischen Entscheidungen werden. Die bereits geltenden und derzeit in Verhandlung befindlichen Handelsabkommen sind nicht zukunftsfähig, denn sie dienen weder der Stärkung von Menschenrechten weltweit noch der Durchsetzung von hohen Umwelt- und Sozialstandards und zementieren die Rolle vieler Länder im Globalen Süden als Rohstofflieferanten.

Wir fordern:

- ➔ **FAIRE INTERNATIONALE ABKOMMEN UND HANDELSVERTRÄGE SCHAFFEN**
- ➔ **REGIONALE WIRTSCHAFTSKREISLÄUFE STÄRKEN**

Eine ausführliche Erläuterung unserer Forderungen finden Sie in unserer Langfassung:

www.forum-fairer-handel.de/politik/bundestagswahl-2021

Das Forum Fairer Handel e.V. (FFH) ist der Verband des Fairen Handels in Deutschland. Es versteht sich als die politische Stimme der Fair-Handels-Bewegung in Deutschland und setzt sich für veränderte Regeln für Handel und Landwirtschaft weltweit ein.